



## „We are Nablus“

Das Projekt **“The Palestinian Women Economic & Cultural Empowerment's project in the Governorate of Nablus”** stellt sich vor

In den vergangenen zwanzig Jahren und in unmittelbarer Folge des Osloer Abkommens von 1993 hat sich die Situation in der Westbank und im Gazastreifen dramatisch verschlechtert. Die im Abkommen vereinbarte Schaffung der sogenannten Palästinensischen Autonomie ermöglichte es der israelischen Besatzungsmacht, die Verwaltung und vor allem die Finanzierung der besetzten Gebiete zu vereinfachen. Obwohl das Osloer Abkommen scheiterte und völkerrechtlich nach wie vor eine Besatzung besteht, wurden die völkerrechtlichen Verbindlichkeiten zum größten Teil auf die internationale Gemeinschaft abgewälzt. Die ökonomische Abhängigkeit und Rückentwicklung ging gleichzeitig einher mit einem enormen Wachstum illegaler jüdischer Siedlungen auf palästinensischem Boden.

Vor diesem Hintergrund bemühte sich die internationale Gemeinschaft, die palästinensische Infrastruktur mit großen Projekten, wie beispielsweise dem Internationalen Flughafen in Gaza, zu stärken. Die meisten dieser Großprojekte sind mittlerweile durch Krieg und militärische Invasionen längst wieder zerstört. Die Landnahme und Besatzungspolitik Israels, oft versteckt hinter scheinbar illegal arbeitenden Siedlergruppen, hat fruchtbare Böden (beispielsweise im Jordantal) der Nutzung durch die palästinensische Landwirtschaft entzogen – mit enormen Zusatzgewinnen für die israelische Wirtschaft. Produkte aus der Westbank und Gaza können heute nur noch erschwert auf den arabischen Markt oder auf den Weltmarkt gelangen. In das Vakuum der virtuellen Staatsformierung Palästinas und der fortwährenden Expansionspolitik Israels haben die westlichen Geberländer bisher mit enormen Summen an Hilfsgeldern versucht, der Verarmung und der Verelendung der palästinensischen Gesellschaft entgegenzuwirken – mit fatalen Folgen für die einst vitalen und innovativen Bereiche des sozialen Lebens der Palästinenserinnen und Palästinenser. Die westliche NGO-Politik kann heute kaum nachhaltige Erfolge vorweisen, außer der Bereitstellung attraktiver Arbeitsplätze für junge Menschen aus den Industrieländern in Palästina. Umgekehrt ist die palästinensische Kultur zu Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit durch die NGO-Politik des Westens fast zur Gänze transformiert und ausgehebelt worden, indem eine neue Klasse an NGO-Arbeitskräften formiert wurde.

Landnahme und hohe Arbeitslosigkeit führen zu einer Stadtflucht in Zentren wie Nablus, Jenin oder Al-Khalil, wo junge Palästinenserinnen und Palästinenser auf dem eng begrenzten Arbeitsmarkt eine

Einkommensgrundlage erhoffen. Insbesondere in den „vergessenen“ Gebieten wächst der ökonomische Druck, da die Gelder der Geberländer zum überwiegenden Teil in Projekte des Vorzeige-Zentrums Ramallah fließen. Der Gazastreifen hingegen zählt weder zu einem A, B noch C- Gebiet und verschärft zusätzlich die Lebenssituation im „größten Freiluftgefängnis der Welt“, wie der südafrikanische Bischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu den Gazastreifen bezeichnete.

Es ist daher wenig überraschend, dass viele Palästinenserinnen und Palästinenser sich mit zunehmender Verbitterung zu Bittstellern und Almosenempfängern der internationalen Geberländer degradiert fühlen. Arbeitslosigkeit, der Mangel an politischen Perspektiven und der ständige militärische Druck drohender israelischer Invasionen und Abriegelungen hatten enorme zerstörerische Wirkung auf die palästinensische Gesellschaft. Tatsächlich ist sowohl humanitäre Hilfe der Staatengemeinschaft ebenso dringend notwendig, wie politischer Druck auf die Besatzungsmacht Israel. Dennoch ist die aktuelle Hilfe der Geberländer weder nachhaltig, noch kann sie zu einer langfristigen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts beitragen.

Gerade auch die großen Investitionen der westlichen Geberländer in Ausbildung, Aus- und Aufrüstung der palästinensischen Polizei in der Westbank hinterlässt den Eindruck einer sehr selektiven Hilfe, deren vorrangiges Ziel es zu sein scheint, die palästinensische Bevölkerung unter Kontrolle zu halten und möglichen Widerstand im Keim zu ersticken. In den vergangenen Jahren mussten zudem zahlreiche alteingesessene und bewährte palästinensische NGOs ihre Arbeit einstellen, da die NGOisierungspolitik der Geberländer die Grundlagen eigenständiger Organisationen zunichtemachte oder aber Spendengelder unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ beschlagnahmte und durch internationale Bankenpolitik zum Erliegen brachte. Insbesondere die traditionell gewachsenen und religiös begründeten Zakat-Komitees mit ihrer enormen sozialen Bedeutung wurden drangsaliert und unter Generalverdacht gestellt. Ohne diese Komitees, ohne die selbstorganisierte Nachbarschaftshilfe und ohne eigenständige und unabhängige NGOs wäre die Situation in den palästinensischen Gebieten jedoch um einiges dramatischer. Durch sie werden medizinische Versorgung, Lehrbuchsammlungen, Baumaterialien für zerstörte Häuser, Waisenhäuser und vieles mehr gewährleistet. Der sozialfürsorgliche Nutzen solcher Initiativen und NGOs, abseits der westlichen „Hilfsgelder“, ist auch hinsichtlich der Stärkung der palästinensischen Zivilgesellschaft von unschätzbarem Wert. Sie ermöglichen damit auch die notwendigen Voraussetzungen, nachhaltige Mittel für Bildung, Sozialarbeit und wirtschaftliche Entwicklung umzusetzen.

Während auf dem Terrain der internationalen Politik und Diplomatie die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates in weite Ferne gerückt ist, ist es aus Sicht der palästinensischen Zivilgesellschaft umso bedeutender, ein Leben unter der realexistierenden Besatzung zu organisieren und alternative Strukturen unter einem permanenten Kriegs- und Besatzungszustand zu garantieren. Die Notwendigkeit der Schaffung einer funktionierenden palästinensischen Wirtschaft ist aus den oben genannten Gründen heute von größter Dringlichkeit. 75% der palästinensischen Wirtschaft steht in unmittelbarer Abhängigkeit von Israel. Diese Fakten wurden von der israelischen Besatzungsmacht durch Landnahme, den Bau der Apartheid-Mauer und Gebietskontrolle geschaffen und verschärft. Die strukturellen wirtschaftlichen Abhängigkeiten durch die Politik der Geberländer unterminieren die Schaffung einer nachhaltigen Volkswirtschaft, die alle Bereiche des palästinensischen Volkes umfasst.

In Folge der Abriegelung des Gazastreifens wurden vor allem auch sogenannte Graswurzel-Initiativen und unabhängige NGOs in der Westbank, die einen großen Sektor des jungen, verarmten und marginalisierten Teils der palästinensischen Bevölkerung repräsentierten, boykottiert. Insbesondere Frauen, die zu einem wesentlichen Teil die Opposition bei den Wahlen von 2006 unterstützten und die Politik des Oslo-Abkommen ablehnten, leiden am meisten unter den Spätfolgen von Oslo und dem Boykott, da der Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Produktion bei etwa 15% (im Vergleich zu 67% bei Männer) liegt. Darüber hinaus liegt die Arbeitslosenquote im besetzten Palästina bei rund 30%, bei besonders hoher Jugend- und

Frauenarbeitslosigkeit (mehr als 50% der Frauen sind ohne Arbeit, die meisten von ihnen sind Hochschulabsolventinnen).

## **Projektidee und -ansatz**

Die Idee für das Projekt "The Palestinian Women Economic & Cultural Empowerment's project in the Governorate of Nablus" entstand nicht zuletzt aus den zahlreichen Fact-Finding-Besuchen der Dar-al-Janub AktivistInnen in Palästina zwischen 2006 und 2011. Die Allgegenwart westlicher "Hilfs-" und "Entwicklungsorganisationen" bei gleichzeitig bemerkbarer, sich drastisch verschlechternder sozialer und wirtschaftlicher Lebenssituation der Menschen – vor allem in der Westbank – legten für uns die Strukturen, Ziele und Einflussnahmen der westlich Entwicklungsindustrie offen. Zugleich waren wir mit den Nöten und dem Überlebenskampf der lokalen, ursprünglichen palästinensischen Einrichtungen konfrontiert, die von den Geberländern – wie es scheint – systematisch strukturell benachteiligt, gebrandmarkt und abgeschnürt werden. Allem Anschein nach haben die Geberländer – aus welchen Motiven auch immer – kein Interesse an einer unabhängigen palästinensischen Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Eigeninitiative der palästinensischen Gesellschaft.

Diese besorgniserregenden Entwicklungen waren die Grundlage zahlreicher Diskussionen und Gespräche zwischen der seit 1978 existierenden NGO „*The Social Charitable Center Society – SCCS*“ und der österreichischen NGO Dar-al-Janub, die schließlich zur Idee des Projekt "The Palestinian Women Economic & Cultural Empowerment's project in the Governorate of Nablus" (Kurzbezeichnung "We are Nablus") führten. In der von der letzten israelischen Invasion stark in Mitleidenschaft gezogenen und wiederaufgebauten Altstadt von Nablus formulierten MitarbeiterInnen beider NGOs die Ziele und Leitlinien eines gemeinsamen Projekts mit besonderem Augenmerk darauf, dass jede palästinensische Initiative von der Besatzungsmacht in ihrer Handlungsmöglichkeit eingeschränkt wird. Um eine Nachhaltigkeit zu erreichen, muss deshalb jedes Vorhaben, das die Besatzung „normalisieren“ und damit zu verfestigen sucht, abgelehnt werden. Dieses Ziel kann daher nur durch Stärkung der lokalen, autonomen und zivilgesellschaftlichen Strukturen der palästinensischen Bevölkerung erreicht werden. Für SCCS und für das Dar al Janub inkludiert dieser Ansatz eine Form der Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe, die nicht den einen Partner als "Entwicklungshelfer" und den anderen Partner zum "Hilfsempfänger" einstuft. Entwicklungszusammenarbeit ist keine Angelegenheit von Entwicklungshilfe durch westliche Geldgeber oder Geldbeschaffer, sondern vielmehr die Anerkennung der Leistungen der palästinensischen Gesellschaft in ihrem Widerstand gegen Besatzung und imperiale Strukturen, die eine selbständige Entwicklung behindern, hemmen und zurückzuwerfen suchen.

## **Projektdetails:**

### **I. Problemstellungen**

1. Besonders drastisch ist die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren angestiegen. Frauen sind am stärksten von diesen gesellschaftlichen Entwicklungen betroffen.
2. Durch den Osloer Friedensprozess wurde eine Geberpolitik implementiert, die die inneren Widersprüche der palästinensischen Gesellschaft durch die Schaffung und Unterstützung sozialer Eliten verschärfte. Oslo scheiterte, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, schließlich auch daran, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.
3. Die Hilfsprojekte und Entwicklungspolitik der westlichen Geberländer importierte unter anderem auch vermeintlich überlegene westliche Werte, wie individuelle Selbstverwirklichung versus kollektiver Werte, persönlich-individuelle Autonomie versus Uneigennützigkeit und Solidarität. Die damit vermittelten Werte haben neben dem Verschwinden vieler lokaler, eigenständiger NGOs die palästinensischen,

zivilgesellschaftlichen und gewachsenen Strukturen des Engagements für soziale Dienste und Aktivitäten geschwächt. Das betraf und betrifft hauptsächlich NGOs, deren Zielgruppen die verarmte Bevölkerung und marginalisierte Frauen darstellen. Der daraus resultierende Widerspruch und Konflikt zwischen vermeintlich westlichen und nicht-westlichen, religiösen und nicht-religiösen Werten entspringt tatsächlich einem Widerspruch zwischen verarmter Bevölkerung und neu geschaffenen oder durch westliche Entwicklungshilfe gestärkten sozialen Eliten entlang den Konfliktlinien zwischen Besatzung und Selbstbestimmung.

4. Daraus folgt, dass der Aufbau einer eigenständigen, palästinensischen Wirtschaft und eine nachhaltige Entwicklung, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in ihrem Land ermöglicht und den Widerstand gegen die Besatzungspolitik stärkt, von großer Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung ist. Ebenso zentral ist der Wiederaufbau der durch den Osloer Prozess und der NGOisierung zerstörten kollektiven sozialen Strukturen, die großen Teilen der Gesellschaft - und Frauen an vorderster Front - die politische Partizipation ermöglicht hat.

5. Alle Indizien sprechen dafür, dass eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in weiter Ferne liegt. Israel und seine Verbündeten versuchen mit allen Mitteln einen Staat mit vorläufigen Grenzen festzulegen und treiben gleichzeitig eine fortschreitende Fragmentierung der Westbank voran. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sind zwei Zielsetzungen erforderlich:

a) Die Schaffung einer selbständigen Volkswirtschaft, die sich auf die lokalen Kapazitäten stützt und eine größtmögliche Subsistenz gewährleistet.

b) Awareness Building und Intensivierung des Dialogs mit MeinungsbildnerInnen und zivilgesellschaftlichen RepräsentantInnen in Europa, um die Realität vor Ort, sowie die Auswirkungen und Einflüsse westlicher, staatlicher Entwicklungshilfe bewusst zu machen.

6. Die oftmals stereotype Wahrnehmung und Darstellung von (marginalisierten) palästinensischen Frauen als kulturell unterdrückt und passiv verunmöglichen die Voraussetzungen für einen Dialog auf Augenhöhe. Diese einseitige Wahrnehmung der „palästinensischen Frau“ verfestigt gegenseitige Vorurteile. Junge, marginalisierte palästinensische Frauen aus der verarmten Bevölkerung konnten bisher nicht ausreichend und angemessen in der westlichen öffentlichen Meinung repräsentiert und wahrgenommen werden.

## **II. Allgemeine Ziele**

- Stärkung von Führungsqualitäten palästinensischer Frauen: Bildungsmöglichkeiten sollen Frauen ihre vormalige Schlüsselfunktion in der palästinensischen Gesellschaft im Kampf für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besatzung wieder zugänglich machen, stärken und sie ermächtigen, ihre Agenden auch westlichen Geberorganisationen gegenüber zu artikulieren und den Dialog mit der europäischen Zivilgesellschaft fördern.
- Unterstützung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Perspektive, Arbeitsplätze und Einkommen für Frauen in den besetzten Gebieten.
- Stärkung der lokalen Gemeinschaften in ihrem Bestreben, von westlichen Gebern und der israelischen Wirtschaft unabhängiger zu werden.
- Sensibilisierung, bzw. Steigerung der Sensibilität für die spezifischen Fragen der Entwicklungspolitik in Palästina.
- Korrektur der indifferenten, vorherrschenden öffentlichen Meinung innerhalb der europäischen Gesellschaft in Bezug auf Genderfragen in Palästina.
- Stärkung des Dialogs zwischen der österreichischen und palästinensischen Zivilgesellschaft.

### III. Spezifische Ziele

1. Finanzielle Unterstützung für nachhaltige Projekte wie Kunsthandwerk, natürliche Seifenproduktion und Glasmalerei. Konkrete Projekte werden von palästinensischen Frauen für palästinensische Frauen durchgeführt und basieren auf dem Potential lokaler Produktion, die den lokalen, regionalen und – sofern realisierbar – internationalen Markt erschließen können.
2. Austauschprogramme und Delegationstreffen zwischen palästinensischen Repräsentantinnen und europäischen Repräsentantinnen, die den Dialog, die Interaktion und die Zusammenarbeit zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen der palästinensischen Gesellschaft fördern und ermöglichen.
3. Möglichkeiten für die palästinensischen Frauen in Führungspositionen schaffen, damit diese an Delegationen nach Europa teilnehmen und über ihre Perspektiven und Sichtweisen zur Situation in Nablus und in der Westbank diskutieren, sowie Einblicke aus erster Hand in die aktuelle politische, wirtschaftliche und Menschenrechtsslage in Palästina vermitteln können.
4. Austauschprogramme als Kommunikationsplattform zwischen weiteren europäischen und palästinensischen NGOs ermöglichen.
5. Trainingsprogramme für marginalisierte palästinensische Frauen im Bezirkskreis von Nablus sollen etabliert werden, um ihre Beteiligung an wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Prozessen zu stärken und zu verbessern.
6. Organisation von Ausstellungen palästinensischer Produkte auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene.
7. Erschließung und Schaffung von Verkaufsräumen zur Präsentation und zum Verkauf von Produkten des Nablus-Projekts. Langfristig soll das Projekt über die Einnahmen des Verkaufs die Projektaufgaben selbst finanzieren können.
8. Aufbau von Kleinmärkten mit palästinensischen Produkten in Europa
9. Präsentation sowie *Awareness Building* zur politischen, sozialen und humanitären Lage der palästinensischen Gesellschaft in der europäischen Öffentlichkeit.

### Projektträger

#### • **The Social Charitable Center Society – SCCS**

SCCS wurde 1978 in der Stadt Nablus, der zweitgrößten Stadt der Westbank, gegründet. SCCS ist eine nichtstaatliche und non-profit Organisation und wurde von lokal ansässigen PalästinenserInnen zur humanitären und sozialen Unterstützung verarmter und bedürftiger Menschen ins Leben gerufen. SCCS konzentriert sich dabei insbesondere auch auf die Unterstützung von Frauen und Kindern verarmter Familien der Stadt.

SCCS bietet Gesundheits-, Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Rehabilitationsleistungen für Frauen und Kinder, die durch die Lebenssituation gesundheitlich Probleme erlitten haben. Außerdem betreibt SCCS einen Kindergarten für Kinder unter sechs Jahren und bietet professionelle Kinderbetreuung für einen sehr kleinen, symbolischen Betrag an. SCCS ist dabei bestrebt, die Programme laufend zu erweitern und auszudehnen.

SCCS ist als NGO registriert und kooperiert mit den lokalen Behörden. Transparentes Rechnungswesen, externe Rechnungsprüfer, denen laufend Berichte vorgelegt werden, sowie ein *Steering Committee* zur Festlegung und Kontrolle der Richtlinien gewähren professionelle Arbeit im internationalen NGO-Bereich.

Kontakt:

Social Charitable Center Society

Nablus, West Bank, Palestine

Tel./ Fax: +970 9 2384131

Website: [www.sccs.ps](http://www.sccs.ps)

Email: [Sccs.nps\(at\)gmail.com](mailto:Sccs.nps(at)gmail.com)

• **Dar al Janub – Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative (Wien)**

Der österreichische Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative wurde im November 2003 von österreichischen, türkischen und arabischen Studierenden gegründet. Von Beginn an war einer der maßgeblichen Leitgedanken, mit dem Verein eine Plattform zu schaffen, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft voneinander lernen und gemeinsam arbeiten können.

Antirassismus-Arbeit und Friedenspolitik in umfassender Gestalt, in Form wissenschaftlicher Vertiefung, bildungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, Aktivismus, kultureller und sozialer Kommunikation, Interaktion und Verständigung zählen zu den Tätigkeitsfeldern unserer Arbeit.

Prämisse für eine ernsthafte Bemühung in diesen Bereichen ist für uns eine weitreichendere Definition von Antirassismus, Integrationsarbeit und Friedenspolitik.

Als Schwerpunkt kristallisierte sich bald auch Öffentlichkeitsarbeit, Solidaritätsarbeit und konkrete Projektarbeit zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands gegen Besatzung, Vertreibung und Krieg sowie Unterstützung ihres Kampfes zur Implementierung ihrer zentralen Menschenrechte, insbesondere das Recht auf einen unabhängigen Staat und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Kontakt:

Dar-al-Janub - Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative

Kleistgasse 8/3

1030 Wien

Österreich

Tel.: +43 (0) 676 78 93 413

Website: [www.dar-al-janub.net](http://www.dar-al-janub.net)

E-Mail: [verein\(at\)dar-al-janub.net](mailto:verein(at)dar-al-janub.net)

Projekt-Zeitraum: 24 Monate (01.01.2013 - 31.12.2014)



**Gefördert und unterstützt wird das Projekt von**

The OPEC Fund for International Development

Uniting against Poverty